

Expertisen für Demokratie

„Keine Diskussion auf Augenhöhe!“¹

Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Kommunalpolitik

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien sind vermehrt in Kreistagen, Stadträten und Stadtverordnetenversammlungen vertreten. Allein die NPD verfügt nach eigenen Aussagen über »mehr als 400 kommunale Mandate«.² Bundesweit haben sich verschiedene Formen des demokratischen Umgangs mit Rechtsextremen in der Kommune herausgebildet. Einerseits werden – bei gleichzeitiger Ablehnung dieser – rechtsextreme Ideologien diskutiert, andererseits werden demokratische Standards auf den unterschiedlichsten Ebenen unterminiert. Weil man rechtsextreme Bestrebungen zurückdrängen will, werden mancherorts öffentliche Räume entpolitisiert, indem die Präsenz aller Parteien, auch der demokratischen, in kommunalen Einrichtungen und auf der Straße erschwert wird.

Wenn die Kommunalpolitik auf die Präsenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien mit dem Abbau demokratischer Rechte und Spielräume reagiert, so läuft sie Gefahr, den antidemokratischen Rechtsextremen ungewollt in die Hände zu spielen. Angesichts der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung bereiten Entpolitisierung und Demokratieabbau den demokratischen Parteien zusätzliche

Schwierigkeiten. Auch die Tatsache, dass, wie von Politikwissenschaftler/innen konstatiert, immer weniger inhaltliche Unterschiede zwischen den großen Parteien existieren, gibt Parteien aus dem rechten Spektrum Auftrieb, da diese durchgehend auf ihre Darstellung als »Anti-Establishment-Partei« setzen.

Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe kritisiert den Wegfall »einer agonistischen Diskussion zwischen den demokratischen Parteien – einer Konfrontation zwischen verschiedenen politischen Projekten.« Sie warnt: »Wenn demokratische Politik ihre Fähigkeit verloren hat, die Menschen für ganz bestimmte politische Projekte zu mobilisieren, und wenn sie sich darauf beschränkt, die notwendigen Voraussetzungen für das reibungslose Funktionieren des Marktes sicherzustellen, dann haben politische Demagogen die besten Voraussetzungen, der weitverbreiteten Frustration eine Stimme zu verleihen.«³ Dort, wo demokratische Parteien kaum noch aktiv in Erscheinung treten und Alternativen bieten können, wo sie sich auf die bloße Verwaltung von Politik beschränken, haben rechtsextreme Parteien die Chance, die entstandenen Lücken einzunehmen und sich als »Volkes Stimme« zu präsentieren.⁴

1 Berliner Konsens. Öffentliche Erklärung der im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien vom Juni 2011. Siehe: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/07/08/parteienkonsens-gegen-rechts_6655 [09.02.2012].

2 So der Landtagsabgeordnete der NPD in Sachsen, Andreas Storr, in einem Interview vom 03.11.2011; <http://deutschlandecho.org/index.php/2011/11/03/es-wird-meine-aufgabe-sein-mittel-und-wege-zu-finden-die-partei-finanziell-handlungsfahig-zu-halten-im-gesprach-mit-npd-schatzmeister-kandidat-andreas-storr/> [10.11.2011].

3 Mouffe, Chantal: Über das Politische, Frankfurt am Main 2007, S. 91f.

4 Ähnliche Einschätzungen ergaben sich auch bei einem Fachgespräch, zu dem sich im Juni 2011 in Berlin Vertreter/innen von Beratungsprojekten gegen Rechtsextremismus zusammenfanden, um auf der Analyse überregionaler Problemlagen und Herausforderungen basierende Standards für die demokratische Kommunalpolitik zu diskutieren.

Die demokratische Kommunalpolitik steht vor der zentralen Herausforderung, rechtsextreme Bestrebungen kontinuierlich argumentativ zurückzuweisen und gleichzeitig eine leidenschaftliche Streitkultur vorzuleben, die die Menschen vor Ort in die alltägliche politische Praxis einbindet.

Professionalisierung rechtsextremer Kommunalpolitik

Führende Vertreter/innen der NPD betonen seit vielen Jahren die wichtige Bedeutung kommunalpolitischer Arbeit für ihre Politik. »Erfolgreiche Politik ist eine Sache des Vertrauens – und Vertrauen wächst im überschaubaren, kommunalen Bereich am solidesten und nachhaltigsten«⁵, heißt es etwa aus dem sächsischen Landesverband. Die NPD sieht die kommunale Ebene als Möglichkeit, »bürgernah« und öffentlichkeitswirksam aufzutreten, sich lokal zu verankern und Strukturen aufzubauen. Auf diese Weise bereitet sie ihren Einzug in die Landesparlamente vor.⁶ In den vergangenen Jahren hat die NPD die Anzahl kommunalpolitischer Mandate kontinuierlich ausgebaut. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, ist sie beinahe flächendeckend vertreten.⁷ Bundesweit kann die NPD auf ein Stammwähler/innenpotenzial zurückgreifen. Fast überall dort, wo sie Kandidat/innen für die Kommunalwahlen aufstellt, erzielt sie auch mindestens einen Sitz.

Für die Professionalisierung ihrer Mandatsträger/innen ist die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD zuständig. In einem Interview mit der »Deutschen Stimme«, dem Parteiorgan der NPD, betont der KPV-Vorsitzende Hartmut Krien die Notwendigkeit kompetenter Parteifunktionäre/innen für einen längerfristigen Erfolg der NPD: »Was wir aber brauchen, ist ein Heer von geschulten Kameraden, die dann, wenn es nötig sein wird, auch die Fähigkeit besitzen, die gesamte mittlere Leitungsebene von einem Tag zum anderen zu übernehmen.«⁸

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD

Seit 2003 unterhält die NPD die sogenannte Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), deren Vorsitzender seit 2008 satzungsgemäß Mitglied des NPD-Bundesvorstandes ist. Konzentrierte sich die Arbeit der KPV zunächst auf Westdeutschland, liegt ihr Schwerpunkt inzwischen in den Neuen Bundesländern, in denen das Gros der NPD-Mandate zu verorten ist. Mit der zunehmenden Vertretung der NPD in kommunalen Gremien gewinnt die NPD-Unterorganisation an Bedeutung. Ihr erklärtes Ziel ist der Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den erfahrenen und den unerfahrenen NPD-Mandatsträger/innen und Mandatskandidat/innen. Bei den Schulungen der KPV sollen die Ratsmitglieder gegen die angeblichen »Tricksereien« der Demokrat/innen gewappnet werden, die die NPD-Abgeordneten nach eigener Aussage in ihren formalen Rechten beschneiden.

Seit Mitte 2011 verfügen auch die rechtspopulistischen Parteien »Pro NRW« und »Pro Deutschland« über eine vergleichbare Unterorganisation, die »Kommunalpolitische Vereinigung der Pro-Bewegung« (KPV Pro).⁹

Obwohl die NPD nicht müde wird, die Wichtigkeit der parlamentarischen Arbeit zu betonen, macht sie insbesondere gegenüber ihren Anhänger/innen immer wieder deutlich, dass die parlamentarische Ebene nur als Mittel zum Zweck dient. »Wir, der Nationale Widerstand, sind die einzige wirkliche Weltanschauungsbewegung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft, mit der NPD als der organisierten Partei, die das politische System in der BRD bis auf die Wurzel bekämpft, auf die Wurzel ablehnt«, sagte Holger Apfel vor einigen Jahren in einer Rede in

5 Broschüre der NPD Sachsen, »Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen. Der NPD-Landesverband Sachsen stellt sich vor«, 2011, S.14.

6 Vgl. zu den Strategien der NPD in den kommunalen Gremien: <http://bvv.vdk-berlin.de/strategien-der-npd> [09.02.2012].

7 Bei den vergangenen Wahlen profitierte die NPD insbesondere von einer niedrigen Wahlbeteiligung sowie von der Streichung der sogenannten Sperrklausel von 3% in den meisten Bundesländern.

8 »Man darf kein Sensibelchen sein«, Interview mit Hartmut Krien, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD, »Deutsche Stimme« vom 21.12.2009.

9 <http://www.kpv-pro.de/uber-uns/> [09.02.2012].

Passau und fügte hinzu: »Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich.«¹⁰ Heute gibt Apfel, inzwischen NPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der Fraktion im Sächsischen Landtag, mit dem Schlagwort »seriöse Radikalität«¹¹ die neue Marschrichtung vor, die jedoch nur scheinbar eine Veränderung der Parteihalte mit sich bringt. Von einer »Aufweichung« der NPD-Positionen unter Apfel kann keine Rede sein. Stattdessen sieht das von ihm propagierte Konzept den strategischen Einsatz rassistischer und antisemitischer Rhetorik vor, um die NPD vom Image der »Polit-Sekte« und »Bürgerschrecktruppe« zu befreien. Vermittelbarkeit und »Volksnähe«, also das Bemühen um die »reale[n] Probleme und Alltagssorgen [...] der Menschen« sollen laut Apfel stärker im Mittelpunkt stehen. Neu ist das nicht, war doch schon Vorgänger Udo Voigt um eine Außenwirkung der NPD als »Kümmererpartei« bemüht. Daher wurde die »Gas geben«-Kampagne im Berliner Wahlkampf 2011 von vielen in den eigenen Reihen als taktischer Fehler gewertet. Auf einem Wahlplakat war der damalige Bundesvorsitzende Udo Voigt auf einem Motorrad zu sehen, zusammen mit dem Slogan »Gas geben«. Derlei »unwürdiges NS-Gekasper ist eine Musik, die keiner hören will«¹², konstatierte Udo Pastörs, seines Zeichens Apfel-Stellvertreter und Fraktionschef im Schweriner Schloss. Stattdessen sollen ein modernes Auftreten und die Diskussion aktueller Themen die NPD auf die Erfolgsspur zurückführen. Die Entwicklung der Partei stagniert – gemessen an Wählerstimmen – seit einiger Zeit.¹³ So führt die NPD derzeit eine »Raus aus

dem Euro«-Kampagne durch. Da für die Europawahl 2014 die 5%-Hürde gerichtlich gekippt wurde, rechnet sich die NPD einen lohnenden Wahlkampf aus, um »den Bonzen im Europaparlament künftig die Leviten lesen zu können.«¹⁴

Ausdifferenzierung des rechten Lagers

Das rechte Lager hat sich im Laufe der vergangenen Jahre deutlich ausdifferenziert. Bundesweit treten zunehmend auch rechtspopulistische Parteien zu Kommunal- und Landtagswahlen an. Regionale Gruppen von »Pro Deutschland« versuchen, bundesweit Fuß zu fassen und sich auf kommunaler Ebene zu etablieren.¹⁵ Im Herbst 2010 wurde außerdem in Berlin die Partei »Die Freiheit« gegründet, die zukünftig ebenfalls bundesweit bei Wahlen antreten will. Während »Die Freiheit« in erster Linie ein Sammelbecken unzufriedener ehemaliger CDU- und FDP-Mitglieder ist, wurde die Ursprungsformation von »Pro Deutschland«, »Pro Köln«, von Personen mit rechtsextremer Vergangenheit ins Leben gerufen.¹⁶ Die zwei rechtspopulistischen Parteien, die bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin im September 2011 antraten, mussten jedoch eine deutliche Niederlage hinnehmen. Allein der NPD gelang der Wiedereinzug in drei Bezirksverordnetenversammlungen. Sie verlor allerdings deutlich gegenüber den Wahlen 2006 und büßte jeweils ihren Fraktionsstatus ein.¹⁷

10 Aus einer Rede Holger Apfels in Passau, zitiert nach: Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 1998, S.72.

11 <http://www.holger-afpel.de/index.php?s=2&aid=226> [15.11.2011].

12 Zitiert nach einem Interview eines rechtsextremen Internetportals mit Udo Pastörs anlässlich des Bundesparteitages der NPD im November 2011, <http://www.mupinfo.de/?p=14849> [15.11.2011].

13 Nachdem die NPD in Thüringen 2009 auf 4,3 % der Stimmen kam und nicht in den Landtag einzog, scheiterte die NPD 2011 auch bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt knapp mit 4,6 %. Auch beim Wiedereinzug der NPD in die Landtage von Sachsen (2009: 5,6 %; 2004: 9,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (2011: 6,0 %; 2006: 7,3 %) mussten Stimmverluste hingenommen werden. In Bremen (1,6 %) und Berlin (2,1 %) war die NPD 2011 chancenlos. Eine Auswertung der NPD-Wahlergebnisse findet sich bei Wiegel, Gerd / Bach, Roland: Mäßig bis desaströs. NPD und extreme Rechte im Wahljahr 2011, Reihe „Standpunkte“ 32/2011 der Rosa Luxemburg Stiftung; http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_32-2011.pdf

14 So Holger Apfel in seiner Rede beim Bundesparteitag der NPD im November 2011, <http://www.npd-thueringen.de/ndh/?p=65> [03.05.2012], (Schreibweise im Original).

15 Die seit 1996 aktive Organisation „Pro Köln“ ist seit 2004 im Kölner Stadtrat vertreten. In den vergangenen zehn Jahren entstanden bundesweit weitere Ableger der Partei, u.a. in Berlin, Mainz, Heilbronn, Chemnitz und weiteren Städten.

16 Manfred Rouhs, der Bundesvorsitzende von „Pro Deutschland“, war früher bei der NPD sowie zusammen mit weiteren Akteuren der „Pro-Bewegung“ bei der rechtsextremen Gruppierung „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ aktiv. Vgl. Apabiz / MBR (Hrsg.): Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen. Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien, Berlin 2011, S. 7.

17 Noch 2006 war die NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen von Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick als Fraktion vertreten. In Neukölln entsandte die Partei damals zwei Verordnete. In der neuen Wahlperiode sitzt die NPD noch mit je zwei Verordneten in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Vgl. zur Analyse der Wahlergebnisse in Berlin: <http://bvvdv-berlin.de/berlinweit/wahlen-in-berlin-rechtsaußenparteien-müssen-deutliche-niederlage-einstecken/> [09.02.2012].

Während die personellen und parteipolitischen Hintergründe der rechtspopulistischen Gruppierungen generell unterschiedlich sind, haben sie alle gemeinsam, dass sie die Leerstelle zwischen dem Konservatismus und dem Rechtsextremismus neu besetzen wollen. In der Regel betonen die rechtspopulistischen Parteien, dass sich die von ihnen vielfach als korrupt dargestellte etablierte Parteienpolitik von der Bevölkerung entfremde. Sie, die Rechten, seien selbst die »wahren Volksvertreter/innen«, wie beispielsweise die Selbstdarstellung als »Bürgerbewegung« (»Pro Deutschland«) bzw. »Bürgerrechtspartei« (»Die Freiheit«) verdeutlicht.

Die Forderungen nach »direkter Demokratie« gehören zum Standardrepertoire rechtspopulistischer Parteien. Dass diese »direkte Demokratie« letztlich als Instrument gegen gesellschaftliche Minderheiten fungieren soll, belegen die Wahl- und Grundsatzzprogramme der »Freiheit« und von »Pro Deutschland«. »Die Freiheit« möchte das Grundrecht auf Asyl abschaffen und fordert »einen Zuwanderungsstopp mindestens bis zur Lösung der vorhandenen Integrationsprobleme«. ¹⁸ Der Berliner Ableger von »Pro Deutschland« will »Anreize« schaffen, die Migrant/innen »zur Rückwanderung in die Heimatländer« ¹⁹ ermutigen sollen. Jegliches politische Handeln rechtspopulistischer Parteien ist geleitet von einer Eskalationsstrategie, die auf eine öffentlichkeitswirksame Zuspitzung von lokalen Konflikten ausgelegt ist. ²⁰

Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen

Dort, wo es rechtsextreme und rechtspopulistische Politiker/innen in Kommunal- und Landesparlamente geschafft haben, müssen die Verordneten anderer Parteien Umgangsformen finden. Diese reichen von reiner Ignoranz über einen sachorientierten Umgang bis hin zur aktiven Auseinandersetzung mit den Inhalten der rechten Initiativen. ²¹ Der letztge-

nannte »selbstbewusst-dechiffrierende Umgang«, der die Ablehnung der Anträge der NPD beispielsweise durch öffentliche Stellungnahmen flankiert, ermöglicht es, die Selbstinszenierung der Rechtsextremen als Opfer der »undemokratischen Blockparteien« zu dekonstruieren. Das erfordert, dass die demokratischen Verordneten immer wieder den diskriminierenden Inhalt der Anträge und Anfragen herausarbeiten und öffentlich auf den rechtsextremen biografischen Hintergrund der jeweiligen NPD-Mandatsträger/innen sowie auf Strukturen der lokalen rechtsextremen Szene verweisen.

Nicht zuletzt kann mit einer inhaltlich geführten Debatte auch der strategische Charakter sachpolitischer, ideologiefreier Anträge für die NPD aufgezeigt werden. Auch rechtspopulistischen Parteien kann in dieser Form begegnet werden. Solange rechtspopulistische Parteien Positionen vertreten, die auf die Einschränkung der Rechte von Minderheiten hinauslaufen, ist es Aufgabe der demokratischen Parteien, ihren Etablierungsversuchen von Anfang an entgegenzutreten und sich kontinuierlich mit den rechten Forderungen auseinanderzusetzen.

Die NPD versucht den Umgang der demokratischen Parteien mit ihren Anträgen strategisch zu nutzen und öffentlichkeitswirksam aufzubereiten. Werden ihre Anträge abgelehnt, inszenieren sie sich oft als Opfer. Stimmen vereinzelte demokratische Mandatsträger/innen ihrem Antrag zu, verkaufen sie diese Zustimmung als vermeintliche Mehrheitsfähigkeit ihrer Positionen in der Bevölkerung. Wenn bestimmte Missstände behoben werden, auf die die NPD zuvor aufmerksam gemacht hat, wertet sie das als Umsetzung »ihrer« Forderungen – ungeachtet der Tatsache, dass die entsprechenden Probleme auch von den demokratischen Parteien thematisiert wurden oder derart gestaltet sind, dass ein Einschreiten der Kommunalverwaltung ohnehin rechtlich geboten ist.

18 Aus dem »Grundsatzprogramm 1.0« von »Die Freiheit«, siehe <http://www.diefreiheit.org/politik/grundsatzprogramm/> [09.02.2012].

19 Wahlprogramm der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2011.

20 Vgl. Häusler, Alexander: Antimuslimischer Kulturrassismus von Rechtsaußen. Die »Pro-Bewegung«, in: Apabiz/MBR (Hrsg.), Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen. Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien, Berlin 2011, S. 5f.

21 Vgl. Hafenecker, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2007.

Antidemokratischen Positionen nicht mit der Einschränkung von Demokratie begegnen

Über die konkrete Auseinandersetzung mit Initiativen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien hinaus ist die demokratische Kommunalpolitik gefordert, die Handlungsoptionen dieser Parteien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der demokratischen Auseinandersetzung einzuschränken, jedoch ohne dabei einem zentralen Anliegen der Rechtsextremen selbst nachzukommen: dem Abbau demokratischer Standards.

In einigen Kommunen wurde auf den Einzug rechtsextremer Verordneter mit unterschiedlichen Formen der Einschränkung reagiert. Beispielsweise wurde die Zahl der erforderlichen Mandate zur Fraktionsbildung erhöht – denn der Fraktionsstatus bringt wesentliche finanzielle und infrastrukturelle Ressourcen sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten beispielsweise in den Ausschüssen mit sich. Diese Maßnahme ist aus mehreren Gründen nicht unproblematisch. Zum einen könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die demokratischen Fraktionen wollten sich nicht inhaltlich mit der gewählten NPD auseinandersetzen. Zum anderen – und dieses Argument wiegt deutlich schwerer – bedeutet ein solches Vorgehen schließlich auch einen Erfolg für die NPD, die offen den Parlamentarismus ablehnt. Das Heraufsetzen parlamentarischer Hürden ist immer auch mit einem Abbau von Rechten und demokratischen Standards verbunden und schadet auch den kleinen demokratischen Parteien und Wählervereinigungen. Ähnlich problematisch sind auch Maßnahmen wie Umstrukturierungen bezüglich der Zusammensetzung und Anzahl der Ausschüsse, zum Beispiel wenn diese nach Einzug der NPD verkleinert werden.

Bundesweit lässt sich feststellen, dass die Mandatsträger/innen der NPD in den Ausschüssen weitestgehend inaktiv bleiben – kleinteilige Sacharbeit können sie schließlich kaum öffentlichkeitswirksam verwerten. Dieses Verhalten gilt es öffentlich aufzuzeigen, um so die kommunalpolitischen Strategien der NPD kenntlich zu machen. In einigen Kommunen nutzen NPD-Verordnete die Ausschüsse lediglich, um Informationen, etwa über politische Geg-

ner/innen oder alternative Jugendprojekte, zu erhalten. Daher sollte beim formellen Umgang mit rechtsgerichteten Parteien immer genau abgewogen und überlegt werden, um deren Anliegen nicht in die Hände zu spielen.

In manchen Kommunen gibt es Problemlagen, bei denen Änderungen und Ergänzungen der Geschäftsordnung durchaus eine adäquate Möglichkeit darstellen, den Einfluss der Rechten einzudämmen. Mancherorts beispielsweise begleiten größere Gruppen Rechtsextremer die NPD-Mandatsträger/innen, um die Sitzungen aus dem Gästebereich zu verfolgen. Dabei kommt es mitunter zu Bedrohungssituationen, wie das Beispiel der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg in Berlin zeigt, bei deren Sitzungen immer wieder Rechtsextreme aus dem Spektrum der gewaltbereiten »Autonomen Nationalisten« (AN) zugegen sind. Die Präsenz der Rechtsextremen verursacht generell ein Klima der Einschüchterung und beschneidet demokratische Räume. Über die Geschäftsordnung des jeweiligen kommunalen Gremiums kann zumindest das gezielte Fotografieren anderer Zuschauer/innen und der demokratischen Verordneten unterbunden werden. Auch das Tragen rechtsextremer Kleidung und entsprechender Symbolik kann per Haus- und Geschäftsordnung zum Raumverweis oder gar Hausverbot führen. Zivilgesellschaftliches Engagement ersetzen diese Regelungen jedoch nicht. In einigen Kommunen »besetzen« engagierte Bürger/innen einfach die Gästeplätze, um Rechtsextremen den Auftritt und die Inszenierung zumindest zu erschweren und so ganz praktisch demokratische öffentliche Räume »zurückzuerobern«.

In anderen Kommunen werden rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien zunehmend aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen. Dies erscheint gerade in Regionen problematisch, in denen die demokratischen Parteien vor der Herausforderung stehen, den Anschluss an lokale gesellschaftliche Strukturen nicht zu verlieren. Insbesondere in ländlichen, strukturschwachen Gegenden bilden sich demokratische Strukturen immer weiter zurück. Demokratische Parteien leiden vielerorts unter Mitgliederschwund und sind kaum mehr präsent. Dem entgegen steht der seit vielen Jahren von der NPD

kontinuierlich betriebene Aufbau von Strukturen gerade in diesen Regionen. Kostenlose Hartz IV-Beratungen, »Bürgerbüros« oder die Veranstaltung von Kinderfesten helfen der NPD, sich als bürgernahe »Kümmererpartei« zu inszenieren und verdeutlichen die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen.

Viele Kommunen schränken in Reaktion auf diese Problematik die demokratischen Spielräume aller Parteien auf unterschiedlichen Ebenen ein. So reagierte eine sächsische Kommune auf die regelmäßigen Infostände der NPD auf dem örtlichen Marktplatz mit einer Änderung der Marktsatzung, die nun ein Verbot jeglicher parteipolitischer Werbung auf dem Wochenmarkt fest schreibt.²² So werden auch die demokratischen Parteien aus dem öffentlichen Raum verdrängt – es gibt mehr und mehr politikfreie Räume. Dabei sind die demokratischen Parteien dazu angehalten, den öffentlichen Raum gerade nicht den Rechtsextremen zu überlassen, indem sie ihn selbst besetzen. Die Kommunalpolitiker/innen der demokratischen Parteien sollten in jedem einzelnen Fall genau abwägen, ob eine Einschränkung aller Parteien wirklich die Handlungsspielräume der NPD eingrenzt oder eher einer Verbannung von Parteipolitik gleichkommt. Auch in diesem Zusammenhang müssen die kommunalpolitischen Entscheidungen hinsichtlich der NPD in erster Linie inhaltlich begründet werden. In der Auseinandersetzung mit der NPD sollten nicht Restriktionen an erster Stelle stehen. Stattdessen muss der Öffentlichkeit anhand lokaler Beispiele immer wieder aufgezeigt werden, warum die NPD nicht wie ein gleichberechtigter demokratischer Akteur behandelt werden kann.

Eines gleichermaßen sensiblen Umgangs bedarf die Vergabe kommunaler Räumlichkeiten. Insbesondere bei sozialen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten u. ä. sollte die Kommune genau prüfen, ob diese für parteipolitische Veranstaltungen unver-

zichtbar sind oder ob nicht genügend andere kommunale Räume zur Verfügung stehen, die nicht eine derartige Fürsorgepflicht für die jüngeren Mitbürger/innen haben. Gerichte sprechen sowohl der NPD als auch »Pro Deutschland« aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes die Nutzung kommunaler Räume immer wieder zu. Allerdings gibt es andere Möglichkeiten, die Nutzung kommunaler Räume durch rechtsgerichtete Parteien einzuschränken oder sie zumindest für sie unattraktiv zu machen. Zum Beispiel können Mietverträge bei rechtsextremen Anmietversuchen verändert oder Haus- und Benutzungsordnungen bezüglich des Tragens rechtsextremer Symbolik angepasst werden.²³ Kommunalpolitik und die lokale Verwaltung sollten an dieser Stelle sehr eng mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammenarbeiten. So kann der Protest auf vielfältige Weise und für die rechtsextremen und rechtspopulistischen Zielpersonen deutlich hör- und sichtbar auf die Straße getragen werden.

Demokratische Streitkultur im Konsens

In einigen Kommunen und Bundesländern gab es in der Vergangenheit im Vorfeld von Wahlen Absprachen der demokratischen Parteien, mit denen diese eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der NPD, sowohl im Wahlkampf als auch darüber hinaus, erklärten. Im Vorfeld der Wahlen 2011 in Berlin verabschiedeten die damals im Abgeordnetenhaus (AGH) vertretenen Parteien zum zweiten Mal einen »Berliner Konsens«²⁴. Darin wandten sich die Parteien gegen »Rassismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft« und vereinbarten, Vertreter/innen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien kein Podium zu bieten. Auch rechtsextreme Anmietungsversuche öffentlich-rechtlicher Räume wurden thematisiert: Ihnen sei »mit allen juristischen Mitteln und Möglichkeiten des demokratischen und friedlichen Protestes« zu begegnen. In der vorangegangenen Wahlperiode hatte der »Berliner Konsens« bereits Erfolg gezeigt: Die NPD, die 2006 in vier Ber-

22 Vgl. Sven Braune/Michael Nattke: Neonazis packen an. Die NPD in den Kommunalvertretungen Strehla und Rathmannsdorf, in: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen/NiP Redaktionskollektiv (Hrsg.), Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Thüringen 2011, S. 42-52.

23 Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen und zur Ausgestaltung von Benutzungsordnungen bietet die Broschüre der MBR: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (Hrsg.): Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlichen rechtlichen Veranstaltungsräumen, Berlin 2008.

24 Berliner Konsens. Öffentliche Erklärung der im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien vom Juni 2011 (siehe Fußnote 1).

liner Bezirksverordnetenversammlungen eingezogen war, konnte keine Wirkungsmacht entfalten, unter anderem weil die demokratischen Mandatsträger/innen die Anträge der NPD konsequent und geschlos-

sen ablehnten. Bereits nach kurzer Zeit stellte Udo Voigt, seit 2006 Bezirksverordneter der NPD in Trepow-Köpenick, fest, dass »eine konstruktive Mitarbeit der NPD« in den Gremien nicht stattfindet.²⁵

Handlungsempfehlungen

Um rechten Vereinnahmungsversuchen entgegenzutreten, sollten sich die im jeweiligen kommunalen Gremium vertretenen demokratischen Parteien und Wählervereinigungen auf einen Minimalkonsens einigen, der folgende Handlungsmaximen enthält:

1. Nicht mit den Stimmen von NPD und rechtspopulistischen Parteien kalkulieren: Diese stimmen immer wieder demonstrativ für Anträge der Demokrat/innen. Die Folge sind nicht selten gegenseitige Vorwürfe, die rechten Stimmen für die eigene Mehrheit einkalkuliert und sie damit überhaupt erst salonfähig gemacht zu haben. Um der Gefahr zu entgehen, dass der eigene Antrag nur mit den Stimmen der Rechten, die sich als »Zünglein an der Waage« gerieren, durchgebracht wird, können einzelne demokratische Gremienmitglieder der Abstimmung fernbleiben oder sich enthalten.

2. Rotationsprinzip: Um der NPD und rechtspopulistischen Parteien nicht zu viel Aufmerksamkeit zu zollen, sie aber auch nicht einfach zu ignorieren, sollte sich nach Möglichkeit nur ein/e demokratische/r Vertreter/in inhaltlich zu einem NPD-Antrag äußern und die gemeinsame Ablehnung dessen begründen. Damit sich alle Parteien äußern können und die inhaltliche Auseinandersetzung nicht von einzelnen Akteuren abhängt, rotiert die Verantwortlichkeit der Entgegnung zwischen den Parteien und Wählervereinigungen. Es können auch Vertreter/innen jeweils einer großen und einer kleinen Partei auf die entsprechende rechte Initiative reagieren. Dabei meint »minimaler Konsens« nicht Dogma. Die »Gemeinsamkeit der Demokraten« in der Ablehnung rechtsextremer und rechtspopulistischer Politik bedeutet keineswegs, dass Unterschiede negiert werden müssten. Das Gegenteil ist der Fall: Eigenes Engagement kann nicht mit dem »Konsens« ersetzt, sondern lediglich von ihm flankiert werden.²⁶

Die eingangs bereits erwähnte Politologin Chantal Mouffe spricht sich in ihrer Analyse grundlegend gegen ein konsensorientiertes Politikmodell aus. Am Beispiel Rechtspopulismus zeigt Mouffe auf, dass rassistische Parteien europaweit überall da erfolgreich sind, wo sich die großen Parteien inhaltlich aneinander angeglichen haben. Das konsensorientierte Politikmodell führe zu einer zunehmenden Ununterscheidbarkeit der Parteien und ermögliche damit erst die rechtspopulistische Rhetorik gegen »die da oben«, den »Parteiklüngel«. Auch der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli betont die Notwendigkeit klarer politischer Identitäten: »Je stärker sie [die Parteien, Anm.] zur allgemeinen Ausgleichs-

stelle werden und in einem nach außen hin unterschiedslosen Austauschverhältnis mit allen realen Gruppen und allen idealen Positionen stehen, um so schwerer fällt es den einzelnen Gruppen, sich mit einer bestimmten Partei zu identifizieren. Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potenziellen *gesellschaftlichen* Basis und werden zu *staatspolitischen* Vereinigungen.«²⁷ Die demokratischen Parteien, so Mouffe, sollten streiten, inhaltliche Differenzen untereinander anerkennen und durch die Herausstellung der jeweiligen Alleinstellungsmerkmale der Parteien die Leerstellen neu besetzen, die für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien mitverantwortlich seien.

²⁵ <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ba&dig=2008%2F03%2F19%2Fa0145&cHash=42cc111d6b> [07.08.2011].

²⁶ Vgl. »Appell der Demokrat/innen: Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien.«, http://bvvdldk-berlin.de/assets/20/09-09-03_Eckpunkte_UmgangRex.pdf [15.02.2012].

²⁷ Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, S. 40 (Hervorhebungen im Original).

Sowohl die Streitkultur unter den demokratischen Parteien als auch der geschlossene »Konsens gegen rechts« sind in der parlamentarischen Praxis wesentliche Elemente einer gelebten Demokratie. Für den angemessenen Umgang mit der NPD und rechtspopulistischen Parteien ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit deren Inhalten wesentlich. Oft reagieren demokratische Parteien empört auf Erfolge der Rechten, sie analysieren jedoch nicht immer die rechtsextremen Inhalte und Strategien. Die bloße Abgrenzung gegenüber rechtsgerichteten Parteien dient laut Mouffe auch »zur Sicherung der Identität eines ‚Wir‘ der konsensorientierten Kräfte.«²⁸ Damit mobilisierten die demokratischen Parteien zwar Leidenschaften, eine inhaltliche Analyse und die Gründe des Erfolges rechtspopulistischer Parteien würden jedoch vernachlässigt. Eine Abgrenzung gegenüber rassistischer Politik erfolgt oft ohne inhaltliche Begründung und lässt die Analyse der gesellschaftlichen

Ursachen für rechtsextreme Einstellungsmuster zur bloßen Rhetorik verkommen. Dass rechtsextreme Einstellungsmuster ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sind, zeigen diverse empirische Untersuchungen.²⁹ Daher muss eine Auseinandersetzung mit rassistischen Positionen als gesamtgesellschaftliche (Querschnitts-)Aufgabe gesehen werden, die auch vor den eigenen Reihen nicht halt macht.

Zwar sollten sich die demokratischen Parteien inhaltlich klar unterscheiden lassen können, Identifikation ermöglichen und konträre Visionen und Projekte verfolgen. Jedoch muss Einigkeit in grundlegenden Fragen der Verteidigung von Menschenrechten und der Bekämpfung rassistischer, antisemitischer, homophober und sexistischer Diskriminierung sowie bei der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bestehen.

Vera Henßler | Yves Müller | Ulrich Overdieck | Mathias Wörsching

Die Autor/innen arbeiten beim Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation & Analyse“. Das Projekt wird gefördert vom Land Berlin. Träger des Projekts ist der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK). www.bvv.vdk-berlin.de

²⁸ Mouffe, Chantal: Über das Politische, S. 96.

²⁹ Vgl. dazu etwa die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld oder die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland.

Das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Publikationen, Veranstaltungen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“ bündelt ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Sie wird ergänzt durch die Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“, welche die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltung dokumentiert. Für mehr Informationen hierzu und wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der Publikationsreihen erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter:

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de oder erhalten Sie gerne unter: forum.rex@fes.de.